

Meinungsfreiheit in Gefahr! Steinhöfel fordert Ende der Zensur durch Meta

Joachim Steinhöfel, Medienanwalt, kritisiert staatliche Zensur in Deutschland und fordert stärkere Meinungsfreiheit auf Meta-Plattformen.

Bottrop, Deutschland - Joachim Steinhöfel, ein prominenter Medienanwalt in Deutschland, hat einen offenen Brief an Mark Zuckerberg, den CEO von Meta, verfasst. In diesem Brief fordert Steinhöfel die Beendigung der Zusammenarbeit zwischen Meta und dem Faktenprüfer Correctiv. Der Anwalt setzt sich für die Meinungsfreiheit im Internet ein und hat über 100 Klagen gegen Meta Platforms Ireland Ltd. eingereicht, insbesondere aufgrund unberechtigter Löschungen von Inhalten auf Facebook. Er erwirkte 2018 die erste einstweilige Verfügung gegen eine solche Löschung, und mehr als 90% seiner Verfahren gegen Meta hat er gewonnen. Sein Buch „Die digitale Bevormundung“ wurde 2024 in Deutschland zum Bestseller.

Steinhöfel kritisiert die Praktiken von Faktencheckern, insbesondere von dpa und Correctiv, die ihm zufolge von der deutschen Regierung finanziert werden. Er berichtet von wiederholten Löschungen von Inhalten, die er als rechtswidrig ansieht. In einem bedeutenden Rechtsfall hat das Landgericht Karlsruhe Meta und Correctiv untersagt, bestimmte Faktenchecks zu veröffentlichen. Steinhöfel betont die Bedeutung der Meinungsfreiheit und die Notwendigkeit, gegen staatliche Zensur vorzugehen. In diesem Zuge äußert er auch Bedenken gegenüber dem Digital Services Act, der seiner Meinung nach die Meinungsfreiheit in Europa weiter einschränken könnte. Steinhöfel hofft auf die Umsetzung von

Zuckerbergs angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Meinungsfreiheit auf den Meta-Plattformen, wie **Achgut.com** berichtete.

Kritik an staatlicher Zensur

In einem weiteren Artikel äußert sich Steinhöfel zur Meinungsfreiheit in Deutschland und kritisiert unter anderem die Äußerungen von Wirtschaftsminister Robert Habeck. Er bezeichnet die staatliche Zensur und gelenkte Meinungsbildung als „totalitär“ und warnt, dass Artikel 5 des Grundgesetzes, das Recht auf freie Meinungsäußerung, bedroht sei. Laut Steinhöfel zeigen die politisch-medialen Debatten in Deutschland zunehmend freiheitsfeindliche Züge. Er stellt fest, dass die Tendenz zur Kriminalisierung missliebiger politischer Meinungen weiterhin beobachtet wird. Steinhöfel hebt hervor, dass Vertreter aller etablierten Parteien, einschließlich der Grünen und SPD, staatliche Verfolgungen kritischer Äußerungen fordern. So fordert etwa Lisa Paus von den Grünen die Verfolgung von „Hass und Hetze“.

Die Problematik wird durch Habecks Wahrnehmung verstärkt, der kritische Äußerungen als „Angriff auf die Demokratie“ sieht. Der Verfassungsschutz warnt zudem vor einer „verbalen und mentalen Grenzverschiebung“. Steinhöfel kritisiert, dass der Verfassungsschutz nicht in die Meinungsfreiheit eingreifen sollte, und sieht die Gesetze wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und das Demokratiefördergesetz als übergriffig an. Er äußert ferner Bedenken hinsichtlich Habecks Forderung nach Offenlegung von Algorithmen sozialer Medien. In einem weiteren Punkt erwähnt Steinhöfel, dass die laufende Intervention des Ministeriums in die Angelegenheiten von Elon Musk problematisch für das Demokratieverständnis ist, wie **News-Pravda.com** berichtete.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Bottrop, Deutschland
Quellen	• www.achgut.com • deutsch.news-pravda.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at